

## Halbwissen und Schweigen

NRW-Regierungschef Laschet gerät in „Hacker-Affäre“ unter Druck

Düsseldorf – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gerät in der so genannten „Hacker-Affäre“ weiter unter Druck. Am Mittwoch räumte die Landesregierung ein, dass der Regierungschef bereits Ende März wusste, dass es – anders als von seinem Sprecher Christian Wiermer knapp zwei Wochen zuvor verbreitet – keinerlei Cyber-Angriffe auf die private Wohnung der damaligen NRW-Agrarministerin Christina Schulze Föcking gegeben hatte. Die am Dienstag zurückgetretene Ministerin hatte erst am 7. Mai, also fast sechs Wochen nach der ersten Entwarnung der Ermittler, den falschen Alarm eingeräumt. Nach einer zum Teil turbulenten Fragestunde im Düsseldorf Landtag drohten Sprecher der oppositionellen SPD und der Grünen, die Affäre notfalls in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufarbeiten und Laschet zur Rede stellen zu wollen.

Laschet selbst wich der parlamentarischen Fragestunde am Mittwochnachmittag aus. Wegen „dienstlicher Gespräche“ ließ er seinen Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) auf die Fragen der Opposition antworten. Dabei trat Lienenkämper dem Vorwurf entgegen, Laschets Sprecher Wiermer habe den vermuteten Hackerangriff am 15. März ohne hinreichende Informationen aufgebauscht, um eine angeschlagene Ministerin zu schützen. Am Tag nach dem inzwischen widerlegten Angriff hatten alle Landtagsfraktionen Schulze Föcking ihre „Solidarität“ ausgesprochen.

Die Ermittlungen hatten jedoch bald ergeben: Es gab keine Hacker. Es waren keine virtuellen Eindringlinge, die ferngesteuert auf dem TV-Gerät im Wohnzimmer der Ministerin ein Video abspielten, das Schulze Föcking in einer Landtagsdebatte um leidende Tiere auf ihrem familiären Schweinemast-Betrieb zeigten. Vielmehr hatte ein Familienmitglied in einer Nebenwohnung die Aufzeichnung per Tablet versehentlich gestartet.

Die grüne Fraktionschefin Monika Düker sagte nach der Fragestunde, es bleibe der Verdacht bestehen, Regierungssprecher Wiermer habe mit seiner Erklärung von Mitte März „die Öffentlichkeit getäuscht“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Kutschaty warf dem Regierungschef „Vertrauensbruch“ vor: Laschet hätte seine Ministerin drängen müssen, früher die Wahrheit zu veröffentlichen – oder Wochen früher selbst für volle Aufklärung sorgen müssen. CHRISTIAN WERNICKE

## Lang lebe Isar 2

Die bayerische Landesregierung setzt sich für eine möglichst lange Laufzeit des Atomkraftwerks bei Landshut ein und wendet sich deshalb gegen eine geplante Gesetzesnovelle. Dabei soll die ein Karlsruher Urteil umsetzen

VON MICHAEL BAUCHMÜLLER

Berlin – In den hektischen Wochen nach Fukushima konnte es der bayerischen Staatsregierung nicht schnell genug gehen mit dem Atomkraftwerk Isar bei Landshut. Plötzlich stellten sich die Risiken der Atomkraft neu dar, auch für Bayerns damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU), der das Kraftwerk vor allem aus der Luft kannte: vom Landeanflug auf München. Möglichst sofort sollte zumindest Block 1 des AKWs vom Netz gehen. Das geschah auch, die nötige Novelle des Atomgesetzes wurde zügig verabschiedet. Acht Atommeiler stellten ihren Betrieb ein.

Sieben Jahre später soll wieder das Atomgesetz novelliert werden, diesmal wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Denn bei der Eil-Entscheidung nach Fukushima waren nach Auffassung

**Tatsächlich reichen die Strommengen in Isar 2 nur noch bis ins Frühjahr 2020**

der Karlsruher Richter zwei Konzerne überverteilt worden, RWE und Vattenfall. Beide Unternehmen verfügen massenhaft über sogenannte Reststrommengen – aber nicht über die Kraftwerke, um den entsprechenden Atomstrom zu erzeugen. Zwar könnten sie diese Strommengen an andere AKW-Betreiber verkaufen. Sollte das aber „trotz ernsthaften Bemühens“ nicht gelingen, soll die Novelle dafür sorgen, dass sie dafür entschädigt werden. Und genau hier tritt die bayerische Landesregierung wieder auf den Plan.

Die sorgt sich nun wieder um das Atomkraftwerk Isar – diesmal aber darum, dass Block 2 nicht lang genug laufen könnte. Seinerzeit hatte die schwarz-gelbe Koalition ihm eine Laufzeit bis Ende 2022 zugestanden. Isar 2 zählt damit zu den drei Atomkraftwerken, die als letzte abgeschaltet werden. Es sei „zentral, dass das KKW Isar 2 nicht vorzeitig vom Netz gehen muss“, heißt es in einer Stellungnahme Bayerns zum Gesetzentwurf; sie liegt der *Süddeutschen Zeitung* vor. Bayern brauche das Kernkraftwerk bis zuletzt, um die Versorgung mit Strom zu sichern. „Insofern ist es für Bayern wichtig, dass möglichst hohe Reststrommengen anderer KKW auf Isar 2 übertragen werden.“

Die Strommengen gehen zurück auf den ersten Atomausstieg, den noch die rot-



Zurück zur Natur? Eigentlich soll das Kraftwerk Isar 2 bei Landshut 2022 vom Netz genommen werden, doch plötzlich bremst die bayerische Staatsregierung. FOTO: ARMIN WEIGEL/DPA

grüne Bundesregierung um die Jahrtausendwende ausgehandelt hatte. Auf feste Abschalttermine hatte sie seinerzeit verzichtet, die Atomkraft sollte sich mit dem Verbrauch dieser Restmengen selbst erledigen. Erst Schwarz-Gelb setzte mit dem Atomausstieg noch fixe Daten obendrauf, und das sogar gestaffelt.

Tatsächlich reichen die Strommengen in Isar 2 nur noch bis ins Frühjahr 2020. Dann müsste Betreiber Eon von anderswo Strommengen aufreiben, etwa vom vorzeitig stillgelegten Reaktor Krümmel. An dem ist Eon beteiligt. Was aber, wenn es für die Unternehmen attraktiver ist, die staatliche Entschädigung einzustreichen?

Denn was ein „ernsthaftes Bemühen“ ist, wird im Gesetz nicht näher erläutert. Um Isar 2 könnte es dann früher geschehen sein als gedacht – weswegen Bayerns Wirtschaftsministerium nun Nachbesserungen verlangt. Dem Bundesumweltministerium dagegen wäre mehr Tempo beim Ausstieg nicht unrecht. „Unser Vorschlag zielt auf den frühestmöglichen Atomausstieg“, heißt es dort, „wie er im breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens 2011 in den Eckpunkten festgelegt worden ist.“

Der Landesregierung aber fällt nun so manches auf die Füße. Etwa der verzögerte Ausbau der Stromnetze, der die Versorgung Bayerns mit Ökostrom aus dem Nor-

den behindert. „Die CSU erschwert die Energiewende und blockiert den Netzausbau, fordert aber hinter den Kulissen maximal viel Atomkraft“, sagt Sylvia Kotting-Uhl (Grüne), die Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag. „Das ist dumm, unseriös und gefährlich.“

Feine Ironie der Geschichte: Innerhalb der Bundesregierung hatte die CSU 2011 am stärksten auf die gestaffelten Abschalttermine gedrungen; so berichten es Regierungsleute. Vor allem bayerische AKWs gingen so vorzeitig vom Netz, zuletzt 2017 Gundremmingen B. Es war auch diese Staffelung, die nun den Entschädigungsanspruch der Konzerne begründet.

## Kommission für den Wandel

Ein Gremium rund um Kohle und Klima nimmt langsam Gestalt an

Berlin – Die Bundesregierung will bis zum Herbst Klarheit über die Zukunft deutscher Braunkohlereviere haben. Das geht aus dem Entwurf eines Beschlusses hervor, der die Einsetzung einer Strukturwandel-Kommission regeln soll. Er liegt der SZ vor. Danach sollen die Mitglieder der Kommission bis Oktober Empfehlungen vorlegen, wie sich ein Ausstieg aus der Kohlekraft in den betroffenen Regionen abfinden lässt. Rechtzeitig vor der nächsten UN-Klimakonferenz im November soll sie zudem Vorschläge machen, wie sich in den nächsten zwei Jahren die deutschen Treibhausgas-Emissionen „so weit wie möglich“ reduzieren lassen. Nach bisheriger Planung soll die Kommission nächste Woche vom Kabinett eingesetzt werden.

Wer ihr angehören soll, ist noch unklar. Zuletzt hieß es, die einstigen Ministerpräsidenten der Braunkohleregionen Sachsen und Brandenburg sollten die Leitung übernehmen, Stanislaw Tillich (CDU) und Matthias Platzeck (SPD). Nordrhein-Westfalen will Ursula Heinen-Esser (CDU) in die Spitze entsenden, ehemals Staatssekretärin im Umweltministerium. Konkrete Berufungen hat die Regierung aber offenbar noch nicht ausgesprochen. Laut Koalitionsvertrag sollen der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auch betroffene Verbände und Gewerkschaften angehören. „Die Koalition ist gut beraten, die Kommission breit aufzustellen“, sagte Hubert Weiger, Chef des Umweltverbands BUND. Schließlich habe sie ein Interesse am Erfolg des Gremiums.

Allerdings enthält der Entwurf für die Einsetzung schon erste Festlegungen. So soll das Gremium „geeignete Maßnahmen“ vorschlagen, wie sich bis 2030 die Emissionen der Kohlekraftwerke um 60 Prozent vermindern lassen. Auch soll sie einen „Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung“ vorlegen – samt konkretem Enddatum.

Linke und Grüne kritisierten das geplante Mandat. Den Grünen gehen die Vorgaben für die Abschaltung nicht weit genug, sie fordern die rasche Stilllegung erster Kraftwerke. Die Linkspartei sieht kaum noch Chancen, rechtzeitig einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. „Die Bundesregierung darf sich nicht weiter hinter Kommissionen verstecken“, sagte Linken-Klimapolitiker Lorenz Gösta Beutin. „Sie muss endlich selbst den Weg zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens vorgeben.“ MICHAEL BAUCHMÜLLER